

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZB 531/68

B e s c h l u s s

in der Entschädigungssache

**Dymitr P. [REDACTED],
W. [REDACTED], K. [REDACTED]straße [REDACTED].**

Kläger und Beschwerdeführer,

**- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. [REDACTED],
[REDACTED] -**

gegen

**die Bundesrepublik D e u t s c h l a n d ,
vertreten durch das Bundesverwaltungsamt in Köln,**

Beklagte und Beschwerdegegnerin

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Mai und der Bundesrichter von der Mühlen, Zorn, Henkel und Fuchs

in der Sitzung vom 19. November 1970
beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 5. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Köln vom 10. Juni 1968 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt der Kläger.

G r ü n d e :

Das Berufungsgericht hat eine Schädigung des Klägers aus Gründen der Nationalität im Sinne des Art. VI BEG-Schluss verneint, weil die Maßnahmen gegen ihn allein aus sicherheitspolizeilichen Erwägungen ergriffen worden seien. Hierzu hat das Gericht festgestellt, daß der Kläger am 19. Juli 1943 wegen seiner Zugehörigkeit zur OUN verhaftet worden sei. Die Tätigkeit der OUN und ihre Zielsetzung seien jedenfalls 1943 längst zu einer Gefahr für die deutsche Rüstungsindustrie und die deutsche militärische Sicherheit geworden. Das gelte auch für die zunächst gemäßigte Meluyk-Gruppe. Weil demnach im Falle des Klägers ein anderer Grund als der der Nationalität für die schädigende Maßnahme ersichtlich sei, greife die Vermutung des Art. VI Nr. 1 Abs. 1 Satz 3 BEG-Schluss nicht zu seinen Gunsten Platz.

- 3 -

Das Urteil hält sich damit im Rahmen der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (RzW 1969, 519, Nr. 68; 572 Nr. 33). Die Beschwerde richtet sich in erster Linie gegen die Tatsachewürdigung des Berufungsgerichts. Die Würdigung historischer Ereignisse und Zusammenhänge gehört aber zum Verantwortungsbereich des Tatrichters und ist einer Nachprüfung durch das Revisionsgericht entzogen.

Auch sonst werfen die Ausführungen des Berufungsurteils keine Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung auf. Gründe für die Zulassung der Revision nach § 219 Abs. 2 EEG liegen daher nicht vor.

Mei

Zern

Hinweis: Auch Teile der Urteilsammlung sind als Datenbank nach §§ 87a ff. UrhG geschützt.



[JLaw – Gesetze und Urteile](#)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
(mobile App)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)